



Mercurator-Professur 2005 Richard von Weizsäcker

Universität Duisburg-Essen
Mercator-Professur 2005

Richard von Weizsäcker

Bundespräsident a. D.

Herausgeber: Der Rektor der Universität Duisburg-Essen
Redaktion: Pressestelle und Öffentlichkeitsarbeit der Universität
Gestaltung: Wiedemeier Kommunikation GmbH
Umschlag: Prof. Martin Goppelsröder
Druck: blömeke druck SRS GmbH, Herne
Der Abdruck erfolgt mit freundlicher Genehmigung der Verlage.

Inhalt

Prof. Dr. Lothar Zechlin: **Vorwort** 5

Skarlett Brune-Wawer: **Einführung** 7

1. Vorlesung, 29. November 2005

Dr. Richard von Weizsäcker **Nach 200 Jahren keine offene
deutsche Frage mehr**

2. Vorlesung, 26. Januar 2006

Dr. Richard von Weizsäcker **Ist Europa unterwegs zu einer
politischen Union?**

Prof. Dr. jur. Lothar Zechlin

Rektor der Universität Duisburg-Essen

Vorwort

Gerhard Mercator war ein wichtiger Wegbereiter neuzeitlichen Denkens. Er hat nicht nur als Kartograph und Geograph des 16. Jahrhunderts, sondern auch in vielen anderen Wissenschaftsbereichen der damaligen Zeit Übertreffendes geleistet. Als universaler Denker setzte er sich auf der Suche nach einem umfassenden Weltbild mit den grundlegenden Veränderungen seiner Zeit auseinander und gab Impulse, die weit über seine Zeit hinausreichten. Um das wissenschaftliche Vermächtnis Gerhard Mercators, der im 16. Jahrhundert in Duisburg lebte, wach zu halten, richtete die Universität im Jahr 1997 die Mercator-Professur ein. Seitdem werden mit dieser Gastprofessur jährlich herausragende Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft oder Kultur geehrt, die sich wie Gerhard Mercator selbst durch Weltoffenheit und wegweisende Beiträge zu wichtigen Zeitfragen auszeichnen.

Als universitäres Forum für öffentlichkeitswirksame, kulturelle und gesellschaftspolitische Diskurse erfreuen sich die Vorträge im Rahmen dieser Gastprofessur stets größten Interesses.

Die bisherigen Mercator-Professoren waren:

- Bundesaußenminister a. D. Hans-Dietrich Genscher (1997),
- der Schriftsteller Siegfried Lenz (1998),
- der Sozialwissenschaftler Prof. Dr. Jan Philipp Reemtsma (1999),
- die ehemalige Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts Prof. Dr. Jutta Limbach (2000),
- der Filmregisseur Volker Schlöndorff (2001),
- der Journalist Ulrich Wickert (2002),
- der Ex-Topmanager und Autor Daniel Goeudevert (2003) sowie
- der Schriftsteller und Chronist Walter Kempowski (2004).

Für die Universität Duisburg-Essen war es nicht nur eine besondere Freude, sondern auch eine große Ehre, im Jahr 2005 Herrn Bundespräsidenten a. D. Dr. Richard von Weizsäcker für die Übernahme der Gastprofessur gewinnen zu können. Seine Besuche und Vorträge stellen für die Universität eine Auszeichnung dar, mit der sie ihre Funktion als Impulsgeberin für gesellschaftlich relevante Debatten unterstreicht. Die von Richard von Weizsäcker jeweils im voll besetzten Auditorium Maximum gehaltenen Vorträge „Nach 200 Jahren keine offene deutsche Frage mehr“ (29. November 2005, Campus Duisburg) und „Europa unterwegs zur politischen Union“ (26. Januar 2006, Campus Essen) können nun in dieser weiteren Ausgabe der Schriftenreihe, in der auch die Vorträge seiner Vorgängerin und Vorgänger erschienen sind, noch einmal nachgelesen werden.

Skarlett Brune-Wawer

Geschäftsführerin des Zentrums für Interdisziplinäre Studien

Einführung

„Richard von Weizsäcker hat ein ausgeprägtes Bewusstsein für Geschichte und Verantwortung, es hat ihn in den zehn Jahren seines Amtes als Bundespräsident zu einem geistigen Leuchtturm und Wegweiser werden lassen. In seiner Person hat er eine glückliche Symbiose der besten Tugenden dargestellt, ebenso der geistigen und der religiösen Werte, die unter uns Deutschen Geltung haben.“

Helmut Schmidt: Weggefährten – Erinnerungen und Reflexionen. Berlin, Siedler, 1996, S. 518.

Richard von Weizsäcker wurde am 15. April 1920 in Stuttgart geboren. Nach dem Krieg studierte er Rechtswissenschaften und Geschichte an der Universität Göttingen und wurde 1953 zum Dr. jur. promoviert. In den Jahren von 1950 bis 1966 war er in verschiedenen Bereichen der Wirtschaft tätig. Seine berufliche Karriere begann bei der Mannesmann AG in Gelsenkirchen und Düsseldorf, führte ihn in leitender Funktion zum Bankhaus Waldthausen & Co nach Essen und Düsseldorf, bevor er schließlich als Geschäftsführer zum Chemieunternehmen Böhringer nach Ingelheim wechselte. Früh befasste Richard von Weizsäcker sich auch mit kirchlichen und politischen Fragen. Von 1964 bis 1970 und erneut von 1979 bis 1981 bekleidete er das Amt des Präsidenten des Deutschen Evangelischen Kirchentages. 1954 trat er in die CDU ein und war dort bis 1984 Präsidiumsmitglied. Von 1969 bis 1981 gehörte er als Abgeordneter dem Deutschen Bundestag an, in den letzten beiden Jahren als einer seiner Vizepräsidenten. Von 1981 bis 1984 war er Regierender Bürgermeister von Berlin. Und am 23. Mai 1984 wurde Richard von Weizsäcker mit großer Mehrheit zum sechsten Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland gewählt.

Die zehn Jahre seiner Präsidentschaft, in denen sich auch die Wiedervereinigung Deutschlands vollzog, sind insbesondere gekennzeichnet durch seine Beiträge zu einem verantwortungsvollen Umgang mit der deutschen Geschichte, durch die maßgebliche Vertiefung der Beziehungen Deutschlands zu den östlichen Nachbarn sowie durch seine aktive Europapolitik. Neben Integration und Konsens war Richard von Weizsäcker in seinem Amt als Bundespräsident vor allem um Orientierung bemüht. Ein Bundespräsident wirkt vor allem durch das Wort, und Richard von Weizsäcker hat diese seine Stärke stets genutzt. Er prägte die politische Debatte durch eine Vielzahl eindrucksvoller und brillanter Reden, die allesamt einen Beitrag zum politischen Selbstverständnis der Deutschen im ausgehenden 20. Jahrhundert leisten. Insbesondere mit seiner Rede zur 40. Wiederkehr des Kriegsendes am 8. Mai 1985 setzte er Maßstäbe, als er der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit nachhaltig Impulse des Nachdenkens über die jüngste deutsche Geschichte vermittelte und zum bewussten wie verantwortlichen Umgang mit einer belasteten und belastenden Vergangenheit ermutigte. Es gelte, der Wahrheit ins Auge zu schauen, denn nicht Verdrängen und Vergessenwollen gebe die Chance zum Neubeginn, sondern Erinnerung und Besinnung. Diese Rede wurde in Deutschland und international als bahnbrechend und im historischen Rückblick als ein Meilenstein auf dem Weg zur friedlichen Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas empfunden.

Auch nach 1994, nach seinem Ausscheiden aus dem höchsten Staatsamt, blieb Richard von Weizsäcker im hohen Maße gesellschaftlich engagiert. So übernahm er u. a. den Vorsitz im Bergedorfer Gesprächskreis der Körber Stiftung und den Kuratoriumsvorsitz der Theodor-Heuss-Stiftung. Zudem war er von 1994 bis 1995 Ko-Vorsitzender einer unabhängigen internationalen Arbeitsgruppe, die Empfehlungen zur Reform der Vereinten Nationen ausarbeitete. Im Jahre 1999 fungierte er als einer der „Drei Weisen“, die vom Präsidenten der Europäischen Kommission, Romano Prodi, gebeten worden waren, Vorschläge zur Reform der Institutionen der Europäischen Union auszuarbeiten. Von 1999 bis 2000 hatte Richard von Weizsäcker den Vorsitz der Kommission „Gemeinsame Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr“ inne. Von UN-Generalsekretär Kofi Annan als „herausragende Persönlichkeit“ dazu eingeladen, war er im Jahre 2001 Mitautor des UN-Berichts „Crossing the Divide. Dialogue among Civilizations/Brücke in die Zukunft. Ein Manifest für den Dialog der Kulturen“. Von 2003 bis 2005 schließlich war er Mitglied der Internationalen Balkankommission. Er hielt und hält zahlreiche Vorlesungen an in- und ausländischen Universitäten sowie Vorträge zu einer Vielzahl von politischen, gesellschaftlichen, historischen und kulturellen Themen. Zudem veröffentlichte er zahlreiche Bücher, darunter „Die deutsche Geschichte geht weiter“ (1989), „Von Deutschland nach Europa“ (1991), „Vier Zeiten“ (Erinnerungen, erschienen 1997), „Drei Mal Stunde Null“ (2001), und im März 2005 erschien sein bislang letztes Buch mit dem fragenden Titel „Was für eine Welt wollen wir?“.

In seinen politischen Ämtern, in seinen Ehrenämtern, in seinen Schriften wie in seinen Reden waren und sind Richard von Weizsäckers Auseinandersetzungen mit den Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft bestimmt durch das Bewusstsein der Vergangenheit.

„Wer sich seiner Vergangenheit nicht bewusst ist, verliert allzu leicht die Maßstäbe für die Zukunft. Insofern ist die Auseinandersetzung mit der Zeitgeschichte wichtig. Es nützt jedem Menschen, wenn er weiß, wo er herkommt und wo er hin will.“

Mit diesen Worten beschrieb er selbst den Bogen, den er mit seinen beiden Vorträgen im Rahmen der Mercator-Professur an der Universität Duisburg-Essen spannte. In einem historischen Abriss zeichnete er zunächst die offene deutsche Frage nach, die erstmalig in der Geschichte mit der Wiedervereinigung Deutschlands beantwortet ist, bevor er daran anknüpfend den Blick auf die Zukunft Europas richtete.

Bundespräsident a. D. Dr. Richard von Weizsäcker

Nach 200 Jahren keine offene deutsche Frage mehr

I.

Im Jahre 1987 traf ich bei einem Staatsbesuch mit Generalsekretär Michael Gorbatschow in Moskau zusammen. Zu jener Zeit war er voll auf mit seiner Reformpolitik von Perestroika und Glasnost beschäftigt. Außerdem bemühte er sich um allseitige Abrüstung. Er wollte den Kalten Krieg Schritt für Schritt in eine Entspannung zwischen Ost und West überleiten. Zugleich ging es ihm dabei durchaus auch darum, das Herrschaftsprinzip der Konferenz von Jalta aus dem Jahr 1945, also die Aufteilung Europas und Deutschland in zwei Hälften zwischen Ost und West aufrechtzuerhalten.

Im Gespräch fragte ich Gorbatschow nach seiner Antwort auf die offene deutsche Frage. Darauf erwiderte er, so eine Frage kenne er nicht. Im zweiten Anlauf sagte ich, sie sei so lange offen, als das Brandenburger Tor zu sei. Er antwortete, wir sollten doch solche Fragen der Geschichte überlassen; niemand wisse, was in 100 Jahren sei. Er sprach dabei ohne einen Unterton der Überheblichkeit und ohne Feindschaft gegen uns.

Doch nun hatten sich in den Ländern des Warschauer Pakt-Bereiches freiheitliche Kräfte immer deutlicher Gehör verschafft. Die größte Wirkung erzielte die Solidarnosc-Bewegung in Polen, die schon im Frühjahr 1989 die erste freie Wahl eines Regierungschefs in der östlichen Hälfte des Kontinents seit Kriegsende erreicht hatte. In Ungarn, in Prag und auch in wachsendem Maß in der DDR wurden bürgerschaftlich-freiheitliche Demonstrationen immer spürbarer.

Also musste schließlich auch Gorbatschow einer drängenden Entwicklung der deutschen Frage immer deutlicher ins Auge blicken. Im Oktober 1989 besuch-

te er die DDR. Seine Reise wirkte wie eine Art Werbebesuch bei der SED für seine Reformen. Er beendete seinen Aufenthalt öffentlich mit einem Ausspruch, der zum geflügelten Wort geworden ist: „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.“ Später kamen wir mehrfach darauf zu sprechen. Nachdrücklich erklärte er mir, er habe mit diesem Satz nicht Honecker gemeint, sondern sich selbst und uns alle. Ihm war damals am Ende des Kalten Krieges eine schwere Verantwortung zugefallen, um einen friedlichen Verlauf der großen Umwälzungen zu sichern. Hier habe er, wie er sagte, gespürt, dass es die Geschichte selbst sei, die die Dinge entscheidet, dagegen nicht wir, auch nicht als mächtige Staatsmänner. Nicht sich selbst zu ihren Herren aufzuwerfen, sondern ihren Gang rechtzeitig zu erkennen, um ihn dann so vernünftig wie möglich zu gestalten, das sei das ebenso Schwierige wie Entscheidende. Wer darauf nicht achte, werde dafür bestraft. Demgemäß sah er es als seine Verantwortung an, dem nunmehr unaufhaltsamen Anwachsen der Kräfte zur nationalen Selbstbestimmung nicht mehr mit Waffengewalt entgegenzutreten. Die 100 Jahre, von denen Gorbatschow noch bei meinem Besuch in Moskau gesprochen hatte, waren auf weniger als drei Jahre zusammengeschnitten.

Für uns Deutsche war naturgemäß die eigene Wiedervereinigung das zentrale große Ereignis. Weltpolitisch beinahe noch bedeutsamer war das Ende des ganzen Warschauer Pakt-Systems und sein Ersatz durch das freie Selbstbestimmungsrecht der Völker. Zügig kam es zum Tragen. Weitere 14 Jahre später, am 1. Mai 2004 traten zehn neue Mitglieder der Europäischen Union bei, unter ihnen alle unsere ehemals von Moskau abhängigen Nachbarn im Osten und Südosten.

Das wurde und bleibt das zentrale Datum für meinen Gedankengang. Bereits zu Beginn meines Referats bin ich damit quasi schon an seinem Ende. Also werden Sie fragen, warum es den Titel trägt „Nach 200 Jahren keine offene deutsche Frage mehr“? Ich habe deshalb mit dem Blick auf die Gegenwart begonnen, weil ich es für notwendig halte, uns für die Zukunft stets der unglaublich mühsamen, hindernisreichen Vergangenheit bewusst zu bleiben, über die ich jetzt zu sprechen habe. Es wäre eine Quelle gefährlicher Fehler in der Gegenwart, das heutige Ergebnis für eine quasi selbstverständliche gottgegebene Realität zu halten. Solche Gewöhnungsprozesse pflegen mit rasender Geschwindigkeit zu verlaufen.

Eine junge Generation ist sich der historisch umwerfenden Entwicklung vor 60 Jahren in Richtung auf ein vereinigtes Europa heute kaum noch bewusst. Für sie ist die EU eine Selbstverständlichkeit. Daher erscheinen ihr gegenwärtige europäische Probleme oft primär als Last, die gegen das ganze Projekt zu zeugen scheinen. Unlängst berichtete ich in der Oberstufe eines Ostberliner Gymnasiums über den 16 Jahre zurückliegenden Fall der Mauer. Aus ihren Fragen musste ich beinahe entnehmen, als gehöre dieses Ereignis weniger in den

Zusammenhang unserer Gegenwart als in einen Geschichtsunterricht über die Krönung Karls des Großen. Hier will ich aber keinen falschen Ton anschlagen: in einem Westberliner Gymnasium hätte dies auch passieren können.

Solche Erfahrungen können uns lehren, dass in der Tat die Offenheit einer deutschen Frage ein Kennzeichen, in Wahrheit eine Last unserer Geschichte geblieben ist, solange überhaupt sinnvoller Weise von einer deutschen Geschichte gesprochen werden kann. Dies geht weit über 200 Jahre zurück, im Grunde beinahe bis in die Zeit der Karolinger.

Wer sich seiner Vergangenheit nicht bewusst ist, verliert allzu leicht die Maßstäbe für die Zukunft. Diese Erfahrung meiner Generation ist es, die meine heutige Themenwahl bestimmt. Erlauben Sie mir, ohne den Versuch eines systematischen Überblicks, einige zum Teil weit zurückliegende symptomatische Beispiele in einem gewissen Zusammenhang mit dem von mir nun schon vorweggenommenen Ergebnis vorzutragen.

II.

In der Tat, ein erster Blick ins beinahe frühe Mittelalter ist notwendig. Es war der sächsische König Heinrich I., der sich der Gründung eines Deutschen Reiches gewidmet hatte. Franken und Sachsen hatten ihn gewählt. Lothringen wurde für das Ostreich gewonnen. Zusammen mit Schwaben und Bayern reichte seine Kraft über die Elbe hinüber nach Brandenburg und Böhmen.

Sein Sohn Otto I. machte gegen heftige Widerstände seine stolzen Herzöge zu Oberbeamten seines Reichs und wurde in der zweiten Hälfte des 10. Jahrhunderts zum unbestrittenen Herrn zwischen Alpen und Nordsee, Maas und Elbe. Da fand sich quasi die Wurzel zur ersten Strophe jenes Gedichtes von Hoffmann von Fallersleben, dessen dritte Strophe heute unsere Nationalhymne ist.

Doch es zog Otto I. aus Magdeburg hinunter nach Süden zu einer universalen Herrschaft. Mit der Kaiserkrönung in Rom befestigte er den Grundstein für das umfassende mittelalterliche Reich. Den Respekt des Ostreichs erwarb er sich durch die Ehe seines Sohnes mit der Prinzessin Theophanu aus Byzanz.

Dies wurde der Ausgangspunkt zu jener Kaisertradition, die nur in eingeschränktem Sinne deutsch genannt werden konnte und nördlich der Alpen sich mit ihrem föderalen, nie besonders integrierten Charakter, von Zwangsintervallen abgesehen, bis heute erhalten hat. Die deutsche Frage verlief anders als bei den Nachbarn, eben offen.

Was war es, was Deutsche miteinander verband? Einen entscheidenden Schritt gab es mit Hilfe der Buchdruckerkunst durch die erste Übersetzung der Bibel

in unsere Sprache. Unabhängig von der Konfession entwickelte sich der Text von Luther und Melanchthon zu einer Art „Grundbuch deutscher Kultur“ (F. Dieckmann). Sprache ist Kernstück der Kultur. Als ich einmal den früheren französischen Präsidenten François Mitterand an einem Tag auf die Wartburg und nach Weimar geleitete, bedankte er sich dafür, endlich die deutsche Kultur an den Pulten von Luther und Goethe, den Schöpfern der deutschen Sprache und damit unserer Kultur, kennen gelernt zu haben. Das sei ihm wichtig. Bisher hätten wir ihn ja immer nur den Rhein hinauf und hinunter geführt, und das sei schließlich im hohen Maße auch französische Kultur.

Doch mit der Reformation kam es zu jenem tiefen Konflikt für uns Deutsche, der nun unsere Geschichte jahrhundertlang prägte. Zunächst gab es das Prinzip „Cuius regio – eius religio“. Der jeweiligen politischen Macht fiel die Bestimmung über die Konfession ihrer Einwohner zu. Dies hatte Folgen bis tief in das späte 19. Jahrhundert hinein, als man zum Beispiel im protestantischen Teil Deutschlands von jenem „Thron und Altar“-Zustand sprach, dessen böse Auswüchse sich zum Teil bis in die Zeit des Nationalsozialismus bemerkbar gemacht haben.

Vor allem aber hatte sich seit dem 16. Jahrhundert der konfessionelle Konflikt mit der stets besonders prekären kontinentalen deutschen Mittellage verhängnisvoll verbunden. Nun gab es erst recht keinen erkennbaren Weg zur Antwort auf eine offene Frage, also danach, in welcher Form und ob überhaupt ein politisches Deutschland zu erwarten und ringsherum hinnehmbar sei.

Mit seinen grauenhaften Zerstörungen warf der Dreißigjährige Krieg die kontinentale Mitte fast unheilbar zurück. Großbritannien und Frankreich konnten sich als Nationen mit einem Vorsprung von über hundert Jahren gegenüber uns Deutschen entwickeln.

Noch immer bestand das Heilige Römische Reich fort. Zwischen Kaiser und den Reichsfürsten gab es nach wie vor eine Art kleinerer europäischer Friedensordnung, so undurchschaubar sie in ihren Verästelungen auch war. Der Partikularismus war das vorherrschende Element auf deutschem Boden.

Dann suchte der französische Sonnenkönig den Rhein als seine natürliche Grenze, unter Einschluss mächtiger östlicher Brückenköpfe. Er stieß auf schwachen Widerstand. In Wien war der türkische Vormarsch zum Stehen gebracht worden. Die Kaisermacht konzentrierte sich indessen weniger auf das Reich als auf die Stärkung des Hauses Österreich. Im nördlichen Vakuum des deutschen Sprachraums stieg Brandenburg/Preußen auf. Das Reich verlor fast jede Realität eines politisch handlungsfähigen Gebildes. Der Gegensatz Österreich/Preußen entwickelte sich unaufhaltsam. Er wurde nur noch vorübergehend durch gemeinsame Gegnerschaft gegen Napoleon überdeckt. Doch dieser war es, der

den Spuk des Reiches schließlich beendete. Der Reichsdeputationshauptschluss machte Schluss mit der völligen Unübersichtlichkeit der unzähligen Herrschaften, Territorien und Städte. Die größer gewordenen deutschen Mittelstaaten entwickelten sich unter der Patenschaft Frankreichs. Der Wiener Monarch trug nun nur noch Österreichs Kaiserkrone. Die römische Krone legte er 1806 nieder. Napoleon hatte, mit einer gewissen Assistenz des russischen Zaren, über das alte Reich verfügt.

III.

Nun wuchs erst recht die offene deutsche Frage heran: Was ist Deutschland? Auch wenn das Heilige Römische Reich zuletzt nur noch eine Hülle gewesen war, so eröffnete doch sein Untergang ein neues langes Vakuum ohne Antworten.

Die Rheinbundstaaten modernisierten sich nach französischem Vorbild. Auch für die beiden großen deutschen Staaten, Österreich und Preußen, begann die Zeit der Reformen, vor allem in Preußen mit Stein und Hardenberg. Fichte hielt im noch französisch besetzten Berlin seine Rede an die deutsche Nation. Nach dem Rückzug aus Russland ging es mit Macht dem Ende Napoleons entgegen. Die Freiheitskriege waren zum Volkskrieg geworden. Der Wiener Kongress beendete den ersten großen Versuch, Europa mit Gewalt zu einigen.

Österreich konzentrierte sich nun auf den Balkan und Italien. Preußen kam ins Rheinland. In der Mitte Europas kam nicht mehr als der ziemlich machtlose Deutsche Bund zustande. Immerhin war er Ausdruck des allgemeinen europäischen Wunsches, in Zentraleuropa eine gewisse Ordnung entstehen zu lassen, wenn auch ohne wirkliche politische Kraft. Gleichgewicht und Interessenausgleich war die Parole.

Immer weiter offen blieb, was das ist: Deutschland.

IV.

Es folgte eine Friedensperiode mehrerer Jahrzehnte – ein bis dato ungewohnter Zustand. Unter den Deutschen waren Hoffnungen auf eine veritable Verfassung und schließlich auch auf eine Nation gemäß den Impulsen der französischen Revolution wie auch der Freiheitskriege gegen Napoleon stark gewachsen. Aber Preußen und vor allem Österreich waren alsbald zur ziemlich absoluten Monarchie zurückgekehrt.

Allmählich begann die Industrialisierung. Eine deutliche politisch liberale Richtung wuchs heran. Die Suche nach Nation und Einheit verstärkte sich. Vater Jahn mit der Turnbewegung und Sängerverbände traten hervor. Auf einer demokratischen

tisch republikanischen Großveranstaltung beim Hambacher Fest 1832 kam es zu der lautstarken Forderung nach einem einigen Deutschland. Schließlich trafen sich 1848 fast 600 Delegierte in der Frankfurter Paulskirche zur deutschen Nationalversammlung. Ihr Ziel war eine deutsche Regierung auf der Basis einer Verfassung. Aber auch dort gab es keine Einigkeit, ob man ein Großdeutschland mit einem Kaiser in Wien oder Kleindeutschland mit dem preußischen Monarchen an der Spitze wollte. Die Absicht des Berliner Königs Friedrich Wilhelm IV. war es freilich, eine Krone, wenn überhaupt, aus der Hand nicht der Delegierten der Paulskirche, sondern der Fürsten entgegenzunehmen. Auch sorgte er sich vor dem Widerspruch aus Wien und anderer Nachbarn. Das alte, immer neue Misstrauen gegen einen starken, wenn auch kleindeutschen Staat in der Mitte des Kontinents sah er mit Recht voraus und fürchtete es.

Im Ganzen überwogen 1848 die Anhänger einer kleindeutschen Lösung, nicht zuletzt aus wirtschaftlichen Gründen. Auch wenn die Paulskirche keine Antwort auf die deutsche Frage zustande brachte, lebte eine deutsche Nationalbewegung in verstärktem Maße fort. Im Jahre 1859 machten die Deutschen aus Schillers 100. Geburtstag ein nationales Fest ohne Gleichen. Nach den Befreiungskriegen und der ebenso hoffnungsvollen wie ergebnisarmen Revolution des Jahres 1848 versammelten sich nun ungezählte Menschen auf der Suche nach einer deutschen Nation. Der Streit ging um groß- oder kleindeutsche Lösungen, um das System der Fürstenherrschaft oder die Stimme der Bürger, um Verfassung und Reform. Über allen Meinungssturm hinweg aber wollten die Festteilnehmer bezeugen: Wir sind einig im Geiste Schillers. Er hat für uns den Faden der Nationalgeschichte gesponnen, mit seinen universalhistorischen Arbeiten, mit der Zuversicht seiner Erziehungsziele, mit der Kraft seines Freiheitswillens, so klang es von allen Seiten.

Schiller selbst freilich hatte zu Lebzeiten ganz anders als nationalstaatlich votiert, wie sich aus jenem bekannten Xenion ergibt:

„Zur Nation Euch zu bilden, Ihr hofft es, Deutsche, vergebens; Bildet, Ihr könnt es, dafür freier zu Menschen Euch aus.“

Inzwischen hatte das Gewicht Preußens gegenüber Österreich zugenommen. 1862 wurde Bismarck Ministerpräsident in Berlin. Der Ruf als Anhänger einer Nationalen Bewegung ging ihm nicht voraus. Er suchte eine Stärkung Preußens möglichst ohne Konflikte mit den etablierten europäischen Mächten. Beim Streit um die Herzogtümer von Schleswig-Holstein gelang ihm dies einigermaßen. Aber die alte Wiener Friedensordnung von 1815 geriet mehr und mehr in den Hintergrund. Nun ging es auf die Endrunde der Auseinandersetzungen mit Österreich zu. Italien vereinigte sich. Russland und England waren wegen des Krimkrieges zerstritten und daher von der Aufmerksamkeit für die kontinentale Mitte abgelenkt. Ein klarer Widerstand der europäischen Mächte gegen die

gefürchtete staatliche Konsolidierung der Deutschen blieb daher zunächst aus. Die Entscheidung zwischen Wien und Berlin reifte heran. Sie erfolgte 1866 in Königgrätz.

Nun gehörte der Deutsche Bund der Vergangenheit an. Der Zollverein lebte fort. Im Norddeutschen Bund dominierte Preußen eindeutig. Nur Frankreich mit Napoleon III. sann auf Widerstand gegen ein erstarkendes Preußen. Als ein deutscher Prinz die spanische Krone zu übernehmen drohte, wuchsen die Pariser Sorgen vor einer deutschen Umzingelung. Mit seiner berühmten Emser Depesche ebnete Bismarck den Weg zum 70er Krieg, einem Volkskrieg, getragen von einer unaufhaltsamen nationalen Stimmung.

Für die süddeutschen Staaten ergab sich keine Alternative zur Annäherung an den norddeutschen Bund. So wurde das Deutsche Reich als kleindeutsche Lösung ohne Wien in Versailles gegründet. Es war die verspätete Nation. Alle wichtigen Nachbarn hatten diesen Weg hinter sich.

Noch einmal hatte der Berliner König zunächst gezögert, die Kaiserkrone zu tragen. Im Norddeutschen Bund hatte er mit seinem Preußen eindeutig dominiert. Auf einen vergleichbaren preußischen Vorrang im Deutschen Reich konnte er mit Recht nicht hoffen. Die süddeutschen Länder wachten nachdrücklich auf ihre Identität und ihren Einfluss im Reich. Bekanntlich hatte Bismarck dem bayerischen König Ludwig II. die Zustimmung zur Reichsgründung durch eine höchst lukrative Zuwendung erleichtert, die dieser vor allem in den Ausbau seiner Schlösser investierte und damit einige bis heute höchst anziehungskräftige Touristenziele schuf.

V.

War denn nun die bis dato offene deutsche Frage beantwortet? Niemand wusste genauer als Bismarck, dass es zentral darauf ankam, das Reich nicht als eine neue Gefahr für das europäische System entstehen zu lassen. Nachdem unter seiner Führung die deutsche Einigung 1871 in mehreren Kriegen zusammengekämpft worden war, galt es nun, sie durch Klugheit und Selbstbeschränkung zusammenzuhalten. Bismarck wollte das durch die Einigung Deutschlands ins Wanken geratene europäische Gleichgewicht – die alte Ordnung des Wiener Kongresses – auf neuer Ebene stabilisieren, um Preußendeutschland einen gleichgewichtigen Platz neben den anderen europäischen Mächten zu verschaffen. Er wusste, dass eine Politik der Mäßigung und des Ausgleichs hierfür notwendig war. Ihm schwebte das Deutsche Reich als Mittler oder Brücke zwischen dem Westen und dem Osten Europas vor, Drehkreuz für kulturellen und wirtschaftlichen Austausch und politische Ansprüche – Durchgangsland und Hinderungsblock zugleich. Die geopolitische Lage war bestimmend. Wenn es gelang, Auseinanderliegendes zu verbinden und Verschiedenartiges zusammen-

zubringen, konnte dies für Deutschland nur von Nutzen sein. Andererseits sollte jeder, der in Europa nach Macht oder gar Vorherrschaft strebte, mit Deutschland zu rechnen haben.

Rasch wuchs das neu gebildete Reich zu einer bedeutenden Macht heran. Es war nicht stark genug für eine Vormachtsrolle auf dem Kontinent, aber es hatte zuviel Gewicht für ein Bündnis unter mehr oder weniger gleichen. Das Wichtigste war, zu verhindern, dass es zu Bündnissen gegen Deutschland kommen könne. Bismarck sprach von einem „cauchemar des coalitions“, dem es durch eine deutsche Politik des Ausgleichs zu entgehen galt. Schon er musste sich aber im eigenen Land gegen andrängende Forderungen nach deutscher Teilhabe an Kolonien und Geltung zur See zur Wehr setzen.

Ein Glanzstück seiner europäischen Beruhigungspolitik vollbrachte er 1878 auf dem Berliner Kongress, auf dem er entscheidend dazu beitrug, einen Ausweg aus den schweren Spannungen der Mächte um den Balkan zu finden. Es gab den Zweibund mit Österreich und vor allem den Rückversicherungsvertrag mit Russland, um in der Mitte des Kontinents bestehen zu können. Mit Recht sprach Bismarck von der schwierigen Kunst eines Spiels mit fünf Kugeln. Er war ihr gewachsen, nur er. Er hatte es vermocht, dem Deutschen Reich eine zeitlang wirklich Gewicht zu verleihen, ohne Europa dadurch in ernste Unruhe zu versetzen.

Nach Wilhelm I. war sein Sohn Friedrich Kaiser geworden, mit einer Tochter der britischen Queen Victoria verheiratet, liberal und umsichtig. Aber er war schon bei der Thronbesteigung todkrank. Unter Wilhelm II., seinem Sohn, ging die Behutsamkeit allmählich verloren. Nicht nur in Deutschland, allgemein in Europa heizten sich nationale Gefühle immer mehr auf. Es wurde etwas bedeutsames, einer bestimmten Nation anzugehören. Man ging dazu über, sich anderen Nationen überlegen zu fühlen. Das Bild des eigenen Landes wurde überhöht, das Bild der Nachbarn herabgesetzt.

Auch den Deutschen schien Europa als Bezugsfeld zu eng. Sie wollten teilhaben an der Welt und in Jahren nachholen, was sie in Jahrhunderten versäumt zu haben meinten. Die von Bismarck errichteten Dämme der Mäßigung wurden brüchig. Die Deutschen des ausgehenden 19. Jahrhunderts strebten zu neuen Ufern – „mit Volldampf voraus“, wie Wilhelm II. gern zu sagen pflegte.

Das friedliche Arkadien, das Deutschland früher einmal gewesen sein mag, bestand nicht mehr. „La patrie de la pensée“ – die Heimat des Denkens –, wie Madame de Staël es genannt hatte, strebte jetzt nach Macht und militärischem Glanz, auch zur See und auf anderen Kontinenten. Deutschland war nicht länger das Bleigewicht am „Stehaufmännchen Europa“, wie Bismarck es gewünscht hatte, sondern wurde mehr und mehr zu einem Staat auf der Suche

nach einem Imperium, welches den Status quo in Zweifel zog. Es wurde zu einem Unruheherd. Verbündete wurden verunsichert. Besorgte distanzierten sich, Gegner wurden zu Feinden. Zweifellos war Deutschland nicht Urheber, sondern nur verspäteter Teilhaber des Nationalismus in Europa. Doch auch indem die Deutschen in die Welt ausgriffen, führten sie schließlich die meisten ihrer Nachbarn zu einer großen Koalition gegen sich zusammen. Die zentrale Sorge Bismarcks war Wirklichkeit geworden. Der Erste Weltkrieg begann. An seinem Ende war Deutschland besiegt.

Bei unseren Nachbarn stärkte der Sieg ihr nationales Bewusstsein nachhaltig. Das deutsche Nationalgefühl dagegen wurde mit den Beschlüssen von Versailles gedemütigt. Die Pariser Vorortverträge brachten insgesamt nichts weniger zustande als eine Befriedung Europas. Der Kontinent blieb von schweren Spannungen erfüllt. Auf allen Seiten gab es einzelne Staatsmänner, die die Gefahren erkannten und versuchten, ihnen verantwortungsvoll entgegenzuwirken. Aber die Widerstände waren zu groß. Der Erfinder des Völkerbundes, Amerikas Präsident Woodrow Wilson hatte sich international zurückziehen müssen. Die prägende Stimmung in den USA erzwang eine neue Phase der Isolation.

Die den Deutschen auferlegten Strafen und Pflichten erwiesen sich als neue Krisenursachen. In unserem Land herrschte von links nach rechts Übereinstimmung, dass es gelte, die Bestimmungen von Versailles zu verändern. So war es bei allen Reichskanzlern der Weimarer Republik, bei den Sozialdemokraten unter ihnen, bei Gustav Stresemann und in den Präsidialkabinetten unter Hindenburg. Ihre Aufgabe sahen sie darin, das Spannungsfeld zwischen einer solchen Revisionspolitik und sorgfältiger Friedensbewahrung zu meistern.

Großbritannien hatte dafür deutlich mehr Verständnis als Frankreich und die kleine Entente. In Berlin wurde eine Linie ohne allzu enge Bindungen oder gar Allianzen mit dem Osten oder dem Westen angestrebt. Das war also wieder die bekannte und in Europa berüchtigte Sorge, dass Deutschland seinen Sonderweg suchte, seinen nie ganz berechenbaren Bewegungsspielraum in der Balance zwischen Ost und West. Aufgrund der russischen Revolution hatten sich die europäischen Mächte weiter als früher voneinander entfernt. War das die Chance und Verführung für die Deutschen, als unabhängiges Weltenkind in der Mitte seinen politischen Platz zu suchen, eine Antwort auf die Frage nach Deutschland?

In Wahrheit war dafür aber die Lage innerhalb Deutschlands viel zu labil. Der Übergang vom Kaiserreich zur Republik im geschlagenen Land hielt allzu viele gesellschaftliche Gruppen auf Distanz zur neuen Staatsform. Die radikalen Flügel links und rechts verstärkten sich. Entscheidend blieb es aber vor allem, dass die Zahl und Kraft der aktiv bejahenden Demokraten viel zu lange viel zu schwach blieb. Als es dann im Zusammenhang mit der Weltwirt-

schaftskrise bei uns zu schwerer sozialer und wirtschaftlicher Not kam, gelangte Hitler an sein Ziel.

Von Beginn an ging es ihm darum, die Geschichte umzuschreiben. Er bekannte sich zur einmaligen Besonderheit der deutschen Nation mit ihrer germanischen Rasse. Andere Rassen qualifizierte er als minderwertig. Sein Ziel war Lebensraum für sein Volk und rassische Weltherrschaft. Zwar begann sein Amt mit einer Reihe außenpolitischer Erfolge. Das Saarland kehrte nach Deutschland zurück. Mit London gab es ein Flottenabkommen, mit dem Vatikan ein Konkordat. Die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht und die Besetzung des Rheinlandes erfolgten ohne fühlbaren Widerstand der Westmächte.

Umso entschlossener rüstete er jedoch für den Krieg und für sein grauenhaftes Ziel, ein ganzes Volk, die Juden, auszurotten. Die Folge war der Krieg mit der halben Welt und Völkermord im deutschen Namen. Deutschland wurde zerstört, besiegt, besetzt und geteilt. Auch wenn die meisten Deutschen die unvorstellbar schweren Verbrechen gegen die Menschlichkeit nicht gekannt und noch weniger gewollt hatten, was konnte danach das Wort deutsch noch bedeuten?

Zunächst verlor Deutschland quasi seine politische Existenz. Die Siegermächte hatten eine bedingungslose Kapitulation verlangt. Einen Friedensvertrag gab es nicht. Man hatte sich lediglich im Februar 1945 in Jalta auf eine Zerstückelung Deutschlands und Österreichs in verschiedene Besatzungszonen geeinigt. Am 8. Mai 1945 ging der deutsche Nationalstaat unter. Gleichzeitig hatten die Sieger den ganzen Kontinent zwischen Ost und West geteilt. Für Europa schien jetzt nur noch die Funktion einer Pufferzone zwischen den beiden globalen Mächten übrig zu bleiben.

Und dennoch ging die deutsche Geschichte 1945 nicht zu Ende. Ob Deutschland als Staat überhaupt noch existierte, war unklar. Für die meisten Deutschen stand nicht diese historische Frage im Zentrum ihres Bewusstseins, vielmehr die Kraft zum Überleben und zum Wiederaufbau.

Doch das bestimmende Element wurde nun alsbald der Kalte Krieg zwischen den Siegermächten. Er wirkte sich nirgends so nachhaltig aus wie auf deutschem Boden. Polen war bis an die Oder-Neiße nach Westen verschoben worden. Viele Millionen Deutsche wurden aus dem neuformierten Polen und aus der Tschechoslowakei vertrieben. Doch der wachsende Konflikt zwischen den vorherrschenden Mächten veränderte ihre Haltung in ihrem jeweiligen Anteil auf deutschem Boden. Nun trieben sie neue politische Lösungen in Ost- und Westdeutschland voran. Die beiden deutschen Staaten entstanden. Die Bundesrepublik Deutschland wurde der Osten des Westens, integriert im Atlantischen Bündnis und in der neu gegründeten Europäischen Gemeinschaft. Die Deut-

sche Demokratische Republik wurde der Westen des Ostens, bald ein wichtiges Mitglied des Warschauer Pakt-Systems.

Aus seiner historischen Mittelposition war Deutschland nun in eine doppelte Randlage geraten. Die Grenze zwischen den antagonistischen großen Blöcken deckte sich mit derjenigen zwischen den beiden deutschen Staaten. Dennoch blieb Deutschland zugleich von den Bedingungen seiner Lage in der Mitte geprägt. Zwar war die Mitte geteilt, doch zugleich blieb sie auch Mitte. Für uns in der alten Bundesrepublik Deutschland kam es zur festen, staatlichen, demokratischen, freiheitlichen Bindung an den Westen. Zugleich wuchs aber auch der Wille zum Ausgleich mit dem Osten. Die Teilung legte den Menschen schwere Lasten auf, um deren Linderung es ging. Dies wurde oft als problematisch empfunden, bei Bündnispartnern wie auch zu Hause.

Damit zugleich blieb wahr, dass es eine deutsche Frage gab, die offen war und unbequem. Wenn es eine Frage gibt, möchte man in der Lage sein, sie zu beantworten und damit zu erledigen. Kann man sie aber nicht beantworten, dann möchte man am liebsten ihre Existenz leugnen. Das ist menschlich verständlich. Aber Fragen verschwinden nicht einfach deshalb, weil man keine Antwort weiß. Das beweist die Geschichte immer wieder. Wir und unsere Nachbarn mussten lernen, mit der Offenheit der deutschen Frage zu leben.

Gewiss, nicht alle Deutschen lebten ständig unter dem Eindruck dieser Offenheit. Vor allem viele Westdeutsche empfanden die Zeit des Kalten Krieges als eine nach außen gesicherte Entwicklung des eigenen Fortschritts, die sie nur ungern unbequemen Antwortversuchen auf die deutsche Frage aussetzen wollten. Vor allem die europäische Integration hatte einen Neuanfang von kapitaler Bedeutung mit sich gebracht, nicht nur wirtschaftlich und politisch, sondern vor allem auch im Lebensgefühl beim Verhältnis zu den Partnerländern, zumal zu den ehemaligen Feinden unter ihnen.

Wie ein Wunder war das neue vereinigte Westeuropa entstanden, trotz der Beschlüsse von Jalta ganz freiwillig ohne Siegereinfluss, aus tiefer historischer Einsicht. Unter dem Schutz des Atlantischen Bündnisses wuchs es heran. Mit friedlichen Mitteln und durch seinen immer stärker gewordenen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und damit auch politischen Erfolg wurde es schließlich zum wirkungsvollsten Magnet einer allmählichen inneren Auflösung des osteuropäischen gesellschaftlichen Systems. Mit der Gipfelkonferenz von Helsinki 1975 erhielten die Freiheitskräfte des Ostens einen entscheidenden Auftrieb, von der Solidarnosc-Bewegung in Polen bis hin schließlich zu den großen Demonstrationen in Leipzig und vielen anderen deutschen Städten 1989. Gorbatschow, seit 1985 am Ruder in Moskau, hatte, wie schon erwähnt, seine Reformpläne mit der Überzeugung verbunden, weder Willens noch in der Lage zu sein, die freiheitlichen Bewegungen im Osten mit Waffengewalt zu unterdrücken.

„Wir sind das Volk“ – die Mauer in Berlin öffnete sich am 9. November 1989.
„Wir sind ein Volk“ – Deutschland wurde am 3. Oktober 1990 wieder vereinigt.

Noch einmal waren die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges am deutschen Schicksal zentral beteiligt. Allen Unterschieden ihrer Positionen im Einzelnen zum Trotz waren sie völlig einig in dem Ziel, unserer Vereinigung nur zuzustimmen, wenn jeder Weg für einen erneuten isolierten deutschen Sonderweg in Europas Mitte versperrt blieb. Zu tief in der Erinnerung war bei unseren Nachbarn die Sorge vor einer deutschen Schaukelpolitik oder auch nur einer Äquidistanz zwischen Ost und West. Aber es gab nicht den geringsten Grund für solche Bedenken. Alle Kräfte in Deutschland stimmten in der Entschlossenheit überein, ein wiedervereinigtes Deutschland fest in Europa und im Atlantischen Bündnis zu integrieren. Der deutsche Sonderweg bleibt seither nun nur noch eine historische Reminiszenz.

Wir erhielten die Chance, unseren Nationalstaat zum zweiten Mal zu schaffen. Eine Alternative zu ihm strebt niemand an. Die berühmte Frage von Ernst Moritz Arndt „Was ist des Deutschen Vaterland?“ hat eine eindeutige Antwort gefunden, auf der Basis einer freiheitlichen Verfassung. Wir haben unsere Einheit unseren Nachbarn nicht aufgezwungen, sondern sie mit ihrer Zustimmung erreicht.

Aber um der Berechenbarkeit der Deutschen in der Völkergemeinschaft willen war und bleibt auch für uns das Ende des Kalten Krieges für das ganze Europa die entscheidende historische Wende. Als bald strebten nun alle unsere östlichen und südöstlichen Nachbarn, soweit sie noch zum Warschauer Pakt-System gehört hatten, ihre Mitgliedschaften in Europa und im Atlantischen Bündnis an. Ein zugleich schwieriger und in Wahrheit befreiender Prozess kam in Gang. Wir Deutschen waren es, die sich innerhalb der EU mit besonderem Nachdruck zur Aufnahme der neuen Mitglieder einsetzten. Am 1. Mai 2004 wurde er vollzogen.

Wir Deutschen sind in dieser Mitte ein besonders wichtiges Land. Wir haben neun Nachbarn, mehr als alle anderen Staaten der Welt außer Russland. Deshalb hatte im Lauf der Jahrhunderte auch unsere Geschichte uns nie alleine gehört. Stets war sie geprägt durch Einwirkungen von außen hinein und von innen hinaus. Heute fürchtet sich kein Nachbar mehr vor uns, und wir fühlen uns von keinem bedroht. Wir sind durch Bevölkerungszahl und Wirtschaftskraft ein Land von herausragender Bedeutung im integrierten Europa. Wir liegen in der Mitte unseres Kontinents. Alle unsere Nachbarn wünschen uns einen guten Erfolg bei unseren internen Reformaufgaben. Denn es liegt in ihrem Interesse, dass die Europa-Union über einen kräftigen Kern verfügt. Europa war am Ende des Zweiten Weltkrieges in seiner Mitte zerrissen worden, nun soll und wird es aus seiner Mitte heraus wieder zusammenwachsen.

Das, erst das, ist die Antwort auf die offene deutsche Frage. Wir haben große Aufgaben vor uns, aber gute Aussichten, dass es nicht noch einmal eine offene deutsche Frage geben wird. Dazu wollen wir alle beitragen, vor allem Sie, die junge Generation.

Bundespräsident a. D. Dr. Richard von Weizsäcker

Ist Europa unterwegs zu einer politischen Union?

Eine Universität dient der Forschung und Lehre. Für mich ist es eine hohe Ehre, in Ihrem Kreis zu Vorlesungen eingeladen zu werden. Meine universitären Qualifikationen sind äußerst bescheiden. Mein Thema ist die Politik. Ich habe sie weder erforscht noch gelehrt, sondern miterlebt und praktiziert. Auch verfolge ich sie weiterhin mit angehaltenem, aber mit langem Atem.

Politische Wissenschaften werden in unserer westlichen Hemisphäre mit beachtlichen Unterschieden betrieben. Unsere deutsche Tradition und weithin auch noch Gegenwart sind in hohem Maße der Systematik verpflichtet. Über die Entwicklung der politischen Theorien, Konstruktionen, Verfassungen und Modelle ergeben sich bei uns hoch interessante Einsichten. Es wird nicht herumpolitisiert.

In den angelsächsischen Ländern tritt neben die Theorie ein hohes Maß an konkreter Analyse aktueller politischer Entwicklungen hinzu. In diesem Zusammenhang begegnen uns vor allem in den USA lebhaft begangene Brücken zwischen Wissenschaft und Politik. Wir kennen eine Reihe bedeutender aktiver Politiker, die als Wissenschaftler begonnen haben und nach ihren Ausflügen in die Praxis an ihre universitäre Arbeit zurückgekehrt sind. Henry Kissinger, Zbigniew Brzezinski und manche andere sind dafür Beispiele.

Mir stehen keine Vorschläge zur Weiterentwicklung der Politikwissenschaft an unseren Hochschulen zu. Dennoch erscheint mir ein wachsendes Maß an Analyse und Beratung der konkreten Politik durch Wissenschaftler als ein Gewinn. Über die bei uns aktiv arbeitenden wissenschaftlichen Beratungsgremien vor allem im wirtschafts- und sozialpolitischen Bereich hinaus hatte ich zum Bei-

spiel die in Berlin ansässige „Stiftung Wissenschaft und Politik“ für einen notwendigen Beitrag. Die amerikanische Praxis einer ganz üblichen Offenheit vom Wechsel aus Wissenschaft und Wirtschaft in politische Ämter und wieder zurück erwähne ich nur, nicht ohne Neid, aber ohne große Hoffnungen, dass wir uns in unserer Gesellschaft bald zu einer solchen, wie ich finde, hilfreichen größeren Flexibilität durchringen werden.

In der Politik bin ich selbst einer der wenigen Spät- und Seiteneinsteiger. Mein Zugang führte mich stets über den engen Zusammenhang zwischen Geschichte und Politik und daran will ich mich auch bei meinem heutigen Thema halten. Ist Europa auf dem Weg zu einer politischen Union? Ich maße mir nicht an, zu gegenwärtigen konkreten politischen Streitfragen ständig Partei zu ergreifen. Vielmehr will ich die Lage der EU schildern, so wie sie sich zeitgeschichtlich entwickelt hat und heute auf der Tagesordnung vor uns steht.

Wir alle haben die historische Entwicklung der europäischen Nationen vor Augen, die von Land zu Land ganz unterschiedlich verlief. Seit dem 16. Jahrhundert hatte sich der konfessionelle Konflikt mit der für uns Deutsche stets besonders prekären kontinentalen Mittellage in Europa im Bezug auf eine Nationenbildung verhängnisvoll verbunden. Mit seinen grauenhaften Zerstörungen warf der Dreißigjährige Krieg die Mitte Europas fast unheilbar zurück.

Nach dem ersten Versuch, Europa mit Gewalt zu einigen, den Napoléon unternommen hatte, folgte eine neu angestrebte Gleichgewichtsordnung des Wiener Kongresses und mit ihr zunächst eine Friedensperiode mehrerer Jahrzehnte. Italien vereinigte sich. Am Ende des Konfliktes zwischen Habsburg und Preußen entstand die deutsche Nation als sogenannte kleindeutsche Lösung. Wir waren die letzten in Europa. Bismarck schuf für uns einen ausgewogenen Platz neben den anderen europäischen Mächten, angesichts der prekären Mittellage stets auf Mäßigung und Ausgleich bedacht. Seine Nachfolger waren aber seinem System nicht gewachsen. Allgemein in Europa heizten sich nationale Gefühle immer mehr auf. Das Bild des eigenen Landes wurde überhöht, das Bild der Nachbarn herabgesetzt. Zweifellos war Deutschland nicht Urheber, sondern nur verspäteter Teilhaber des verhängnisvollen Nationalismus in Europa. Doch als nun auch die Deutschen mit wachsender Stärke quasi als letzte unter den großen Europäern in die Welt ausgreifen wollten, brachten sie ein großes Bündnis gegen sich zusammen. Der 1. Weltkrieg brach aus, die europäische Urkatastrophe, wie George Kennan sie nannte. An seinem Ende war Deutschland besiegt.

Der Kriegserfolg stärkte das nationale Bewusstsein unserer siegreichen Nachbarn nachhaltig. Versailles und die anderen Pariser Vorortverträge brachten aber nichts weniger zustande als einen Frieden in Europa. Jugoslawien und die Tschechoslowakei waren hinzugetreten. Frankreich und die kleine Entente

gaben den Ton an. Amerika hatte zwar den Völkerbund begründet, sich aber selbst alsbald wieder in die Isolation zurückgezogen.

Das deutsche Nationalgefühl empfand sich als gedemütigt. Es musste unter schweren Schulden neu beginnen. Der Übergang vom Kaiserreich zur Republik litt darunter, dass die Zahl und Kraft der aktiven Demokraten viel zu gering und zu schwach blieb. Dann trat die Weltwirtschaftskrise mit schwerer sozialer und wirtschaftlicher Not hinzu. Hitler kam an die Macht. Er eröffnete den Zweiten Weltkrieg mit der halben Welt, mit Völkermord und dem grauenhaften Holocaust im deutschen Namen.

Was bedeutete am Ende des Zweiten Weltkrieges das Wort deutsch? Was war Europa? Einen Friedensvertrag gab es nicht. Deutschland und Österreich wurden in verschiedene Besatzungszonen aufgestückelt (New York Times: "Das Schicksal von Karthago wartet auf Berlin"). Vor allem aber hatten sich die beiden Großmächte USA und UdSSR im Februar 1945 in Jalta darauf geeinigt, den ganzen Kontinent durch eine Nord-Süd Demarkationslinie zwischen Ost und West aufzuteilen. Europa hatte jetzt, wie es schien, nur noch die Funktion einer Pufferzone zwischen den beiden globalen Mächten.

Aber selbst ein solches Europa musste ja erst geschaffen werden. Dazu meldete sich als erster Winston Churchill mit Nachdruck zu Wort. Er rief dazu auf, die Vereinigten Staaten von Europa zu gründen. Das war sehr mutig. Aber es bedurfte auch verschiedener Klärungen. Zunächst klang es ja so, als ob Europa das Ziel ansteuern sollte, nach dem amerikanischen Vorbild ein Staat zu werden, eine veritable Nation, wie es die USA ja sind. Das konnte nicht gemeint sein und wird unter den zahlreichen europäischen Nationen mit ihrer eigenständigen, vielfach tausendjährigen Geschichte auch unerreichbar bleiben.

Die nächste Klarstellung ergab sich aus der zwar so nicht ausgesprochenen, dennoch aber unübersehbaren britischen Unterscheidung zwischen dem Inselreich und dem Kontinent. Dieser war das, was Churchill mit Europa meinte. Noch heute lieben es Briten auf die Frage, was sie von Europa halten, mit ihrem Spruch zu antworten: „There is fog on the channel. The continent ist isolated“.

In London ebenso wie in Paris setzten 1945 zunächst eigenständige Planungen ein. Beide suchten nach Wegen, als eigene Nation wieder einen weltpolitischen Einfluss zu gewinnen, da sie keine Weltmacht mehr waren.

Das Vereinigte Königreich ging primär den Weg, seine special relations mit der veritablen Großmacht auszubauen, mit Amerika. Dabei ist es bis in die Gegenwart geblieben, immer wieder bedingungslos und damit zugleich auch oft einflusslos, bis tief hinein in den Irakkrieg. Das, was den Briten in Washington wirklich Einfluss verschaffen könnte, wäre ihr unbezweifelbares und mitfüh-

rendes Engagement in Europa. Diese Einsicht ist in Großbritannien noch immer nicht populär. Dennoch beginnt sie zu dämmern.

Frankreich ging andere Wege. De Gaulle wollte ein Europa schaffen, welches der Nation Frankreich wieder neuen Welteinfluss verschaffen sollte. Seine Abneigung gegen die angelsächsischen Mächte war ausgeprägt, denn diese hatten ihn und sein Land in den zentralen Kreis der wahren Weltkriegssieger nicht ausreichend einbezogen. Daher sagte er den Briten ab. Er wollte allein mit Deutschland und den anderen Gründungsmitgliedern, ohne London, europäische Weltpolitik betreiben. Im freien Teil Deutschlands herrschte tiefe Erleichterung über die Partnerschaft im kontinentalen Westeuropa. Es gab keine andere und keine bessere Lösung, um international wieder aufgenommen zu werden. Einwendungen gegen die führende französische Rolle wurden nicht laut. Adenauer prägte diese Entwicklung nachhaltig, die er zugleich mit engen Beziehungen zu den Amerikanern verknüpfte, unserer führenden Schutzmacht in der NATO, die sich auch mit dem Marshall-Plan maßgeblich am wirtschaftlichen Wiederaufbau in Europa beteiligte.

Die Anfänge des europäischen Einigungsprozesses waren einigermaßen holprig. Es gab vor allem französische Absichten, alsbald eine politische Union zu schaffen. Der erste Schritt führte in die Montanunion unter der Präsidentschaft des großen Europäers Jean Monnet. Es ging um Kohle und Stahl. Das waren damals nicht nur die Zukunftsindustrien. Ihre europäische Integration konnte und sollte zugleich aber auch jede neue nationale Aufrüstung gegeneinander verhindern. Der Kerngedanke war also durchaus politisch. Hier kam mit allem Gewicht zum Ausdruck, dass allseits die Einsicht herangereift war, ein für alle Mal die Jahrhunderte alten kriegerischen Feindschaften zu überwinden und sich Schritt für Schritt zu einer gemeinsamen Stimme in der von den Großmächten beherrschten Welt zu vereinen.

Mit dem nächsten großen Schritt sollte die europäische Verteidigungsgemeinschaft geschaffen werden. Doch sie fand in der französischen Nationalversammlung keine Mehrheit. An ihre Stelle trat 1957 mit den Römerverträgen die europäische Wirtschaftsgemeinschaft. Aus der EVG war die EWG geworden. War dies ein Ende des Weges zur politischen Union? Darüber wird seither mit verwirrender Hingabe diskutiert. Dabei wird als das eigentliche Ziel einer politischen Union eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik verstanden. Davon sind wir zweifellos noch ziemlich weit entfernt. Der innereuropäische Streit über die amerikanischen Irakentscheidungen offenbarte diesen Mangel überdeutlich, zumal bei seinen zum Teil beinahe hinterhältigen Methoden.

Aber noch einmal: Was ist eine politische Union? Sind alle die Schritte zu den Römerverträgen und danach unpolitisch? Unverbindlich für die Mitglieder? War zunächst nur eine Zollunion geschaffen worden, so folgte der Weg vom Com-

mon Market zum Single Market. Der Binnenmarkt entstand. Er gedieh zu einer weltpolitisch ganz außerordentlichen Leistung, unter der treibenden Führung des Kommissionspräsidenten Jacques Delors. Sie übersteigt bei weitem das System einer bloßen Freihandelszone. Die vier Freiheiten wurden vereinbart, die ungehinderte Mobilität für Personen, Güter, Dienstleistungen und Kapital. Die Agrarpolitik war schon integriert. Dann folgte die voll integrierte Außenhandelspolitik. In der WTO, der Welthandelspolitik, spricht die EU mit einer Stimme. Die Wettbewerbsordnung im Binnenmarkt unterliegt einer zentralen Lenkung und Kontrolle. Seit Jahr und Tag finden die EU-Kommissare für Außenhandel und Wettbewerb rascheren Zugang zu außereuropäischen Regierungen als ihre anderen Brüsseler Kollegen, zumal in Amerika. So hat es zum Beispiel in den USA seinen beinahe schockweisen Eindruck nicht verfehlt, dass ein Zusammenschluss zwischen zwei führenden amerikanischen Unternehmen, Honeywell und General Electric, durch Brüssel als rechtswidrig verhindert werden konnte.

Ein allgemeines europäisches Rechtsregelwerk entstand, der sogenannte Acquis Communautaire. Ein europäischer Gerichtshof wurde begründet. Seine Entscheidungen sind für die nationale Rechtssphäre der Mitgliedsländer verbindlich.

Der Erfolg des europäischen Binnenmarktes, des weltgrößten Wirtschaftsraumes, führte rasch zu Herausforderungen, neue Länder aus Europa zur Mitgliedschaft einzuladen, genauer gesagt, ihrem Verlangen nach Aufnahme zu entsprechen.

Es kam daher zum Beschluss der sogenannten Kopenhagener Kriterien. Mit ihnen legte sich die EU vor allem auf politische, aber auch auf wirtschaftliche Voraussetzungen für die Aufnahme neuer Mitglieder fest. Zu den Bedingungen zählen Demokratie, eine unabhängige Justiz, Menschenrechte und Respekt für Minderheiten.

Das alles führt noch nicht zu einer rechtlich verpflichteten Außen- und Verteidigungspolitik. Aber es bündelt sich ohne jede Frage zu entscheidenden Schritten unterwegs zur politischen Gemeinschaft.

Politik ist ein enges Gewebe von Außen und Innen, Wirtschafts- und Sozialstaat, Rechtswesen und Bildung, Zuwanderung und Kultur. Die EU hat sich auf diesen Feldern vorwärts bewegt. Sie hat Sicherheit und Wohlstand in einem vorher niemals so verbreiteten Umfang hervorgebracht. Vor allem hat sie Schritt für Schritt den ursprünglichen und zentralen Gründungsgedanken gefestigt, den Frieden unter allen Mitgliedern. Wir sind unterwegs und haben viele unge löste Aufgaben vor uns. In der historischen Perspektive ist dies eine Entwicklung aufeinander zu, die man gar nicht anders als das unumkehrbare Heranwachsen einer politischen Union charakterisieren kann.

Es geht zum Beispiel um eine gemeinsame Linie für die Tagesordnungspunkte des Weltsicherheitsrates in der UNO, die sich bisher auf die Behandlung schon ausgebrochener oder drohender Gewalttätigkeiten beschränkt. Das, was zur dringend notwendigen Reform der UNO gehört, zählt aber gerade zur Erweiterung der Ziele und Mittel in diesem bisher einzigen machtvollen UNO Organs. Im Zeitalter der Globalisierung wird es immer deutlicher, dass Gewalt bis hin zum Terrorismus nur dann besser beherrschbar werden kann, wenn man ihren Ursachen zu Leibe rückt. An diese Ursachen hat die Welt zum Zeitpunkt der Gründung der UNO kaum gedacht, ja kaum zu denken vermocht. Damals ging es um die Verhinderung eines Dritten Weltkrieges und darauf beruhte die Zusammensetzung und Stimmkraft im starken Sicherheitsrat. Heute ist die soziale und die wirtschaftliche Entwicklung der Welt, das Bevölkerungswachstum, die Armut und Migration, die Seuchen, die gemeinsame Pflicht zum Schutz der Natur und Umwelt im Vordergrund, für die es eines weit stärkeren Einflusses der UNO bedarf. Die Mehrzahl der globalen Aufgaben lässt sich eben gerade nicht mit militärischen Mitteln lösen, die im Vordergrund der Debatten des Sicherheitsrates stehen.

Gewiss, die EU ist auf wichtigen Feldern noch von einer perfekten Übereinstimmung noch ziemlich weit entfernt, aber die Interessen der Europäer nach Außen und Innen sind, wie sich immer deutlicher zeigt, eng miteinander verzahnt. Der Zusammenhang ist eindeutig politisch geprägt.

Dass der Entwurf zu einer europäischen Verfassung in zwei der Gründungsländer der EU plebiszitär gescheitert ist, beruht in erster Linie auf einer gegenwärtig die Bürger enttäuschenden wirtschaftlichen Entwicklung. Die westeuropäische Arbeit steht nicht nur in Konkurrenz mit ärmeren Arbeitskräften in Osteuropa, sondern mit dem immensen Reservoir sehr billiger Arbeit in China und Indien. Wie soll europäische Arbeit rentabel werden, wenn europäische Vorteile an Kapital, Ausbildung und Wissen das riesige Lohngefälle nicht ausgleichen können? Der Erfolg Asiens wächst. Für uns gilt es, dies ohne einen starken Abfall des Lebensstandards der westlichen Arbeitnehmerschaft zu steuern. Hier wird jede erfolgreiche globale Koexistenz eine maßvolle Portion von Protektionismus einschließen müssen. Es geht darum, nicht bedingungslos auf freien Handel zu setzen, sondern auf fairen Handel. Die Korrektur eines erträglichen Verhältnisses von freiem Handel und Protektion erfordert von der Politik ein ausgeprägtes kulturelles und moralisches Gespür mit Selbstdisziplin, Fair Play und Respekt gegenüber anderen: Eine klassische politisch-historische Aufgabe für die EU.

Noch einmal: Ein Verbund ist dann politisch, wenn er die elementaren Bedürfnisse gewährleistet: Sicherheit und Wohlfahrt. Das ist es, was der Staat herkömmlicherweise zu leisten hat. Dazu ist für die Nationen unseres Kontinents Europa zu einer existentiellen Notwendigkeit geworden.

Die EU ist eine Union von Nationalstaaten. Herkömmlicherweise gilt die Nation als eine europäische Erfindung. Zu ihrer Charakterisierung gehört im Allgemeinen dreierlei: gemeinsame Werte, Zusammengehörigkeit durch Geschichte und Sprache, eine politische Handlungseinheit. Der Tradition der Nation entsprechen Pflicht und Recht des Staates, seinen Bürgern Leistungen, auch Opfer abzuverlangen, nicht zuletzt zum Staatsschutz. In diesem Sinne sind die USA auch heute ein zwar riesengroßer, aber klassischer Nationalstaat. Dies gilt für uns in Europa nur noch in eingeschränktem Maß.

Die Bindung der Menschen an das eigene Land bleibt bestehen. Die politische Debatte ist nach wie vor in den Nationalstaaten verwurzelt. Die EU kann nicht auf Kosten der Nationalstaaten errichtet werden, aber wir sind postklassische Nationalstaaten geworden, die einem supranationalen Gebilde angehören. Noch fehlt es ihm an ausreichenden Entscheidungsprozessen. Dennoch ist die EU aus prägenden, historisch erstmaligen Souveränitätsverzicht herangewachsen. Diese beruhen auf der Einsicht, dass gemeinsame Lösungen weiterführen als nationale Alleingänge. Die Integration bringt einen entscheidenden Gewinn an Kraft und Schutz gerade dort mit sich, wo eine zentrale herkömmliche Staatsaufgabe liegt, nämlich eben bei der Sicherheit für die Bürger. Dies sind nicht zuletzt auch die Ressorts der europäischen Innen- und Justizminister. Sie sind es, die Europa wesentlich zusammenführen. Der Schutz für die Sicherheit gilt gerade auch als ein Gewinn für kleinere Mitgliedsländer. Wenn sie sich als Europäer sicherer fühlen, werden sie sich nicht national einigeln.

Wir sind nun beim Erweiterungsprozess, den die europäische Integration schon seit langer Zeit kennzeichnet. Er hat seinen bisherigen Höhepunkt am 1. Mai 2004 erreicht, als zehn neue Mitglieder, darunter acht ehemals zum sowjetischen Machtbereich gehörende Nationen, eingetreten sind. Gerade für diese gilt im besonderen Maß ihr Verlangen nach einer allzu lang entbehrten Sicherheit.

Mein heutiger Auftrag ist es nun nicht, die Weisheit aller vergangenen und vor allem auch zukünftigen Erweiterungsschritte zu bewerten und die ständigen Fragen nach den Grenzen der EU zu beantworten. Das mir gestellte Thema lautet, ob die EU unterwegs zu einer politischen Union ist. Und gerade in diesem Zusammenhang ist meine Fragestellung eindeutig zu bejahen. Es gibt in der bisherigen Geschichte der EU nichts Politischeres als eben die Erweiterungspolitik.

Über die nächsten Schritte dazu führen wir gegenwärtig die lebhaftesten Debatten. Charakteristisch hierfür ist der von uns Europäern nur mehr oder weniger erbetene Standpunkt der heutigen US-Administration. Hatte sie uns Europäer im Vorfeld des Irakkrieges, von braven Ausnahmen abgesehen, als sträflich weich charakterisiert, als die Venus im Gegensatz zum Mars, dem amerikanischen Vorbild, so lautet es heute ganz anders von drüben.

Die Aufgabe des Westens, zu dem wir transatlantisch gehören, sei es, Freiheit, Rechtsstaat, Demokratie, Frieden und Wohlstand in immer neuen Regionen der Welt voranzubringen. Zumal im Zeichen der ungelösten irakischen Nachkriegsprobleme wird uns Europäern bescheinigt, der zentrale weltpolitisch starke und notwendige politische Beitrag der Europäer sei ihre Erweiterungspolitik. Die aktive Beteiligung des EU-Außenbeauftragten Solana und mehrerer Mitglieder an der Orangen Revolution in der Ukraine wurde als ein entscheidendes Indiz für diese Richtung gewürdigt. Venus ist heute insoweit vom Mars stark gefragt.

Naturgemäß haben die mächtigen Amerikaner ihre eigenen Ziele, die sie im Zusammenhang mit der europäischen Erweiterungspolitik verfolgen. Ihnen geht es vor allem um eine Art Bündnisstärkung in Richtung auf den Nahen und den Mittleren Osten und darüber hinaus in Asien. Dafür rechnen sie, neben der Ukraine, auf Rumänien und Georgien, um zusammen mit der Türkei rings um das Schwarze Meer herum dominieren zu können und ihre Iranpolitik zu verstärken.

Bei uns Europäern geht es für die Abwägung zusätzlicher Erweiterungsschritte um das, was wir in der EU verkraften können. Es sind keine schließlich ganz Asien umgreifenden weltmachtpolitischen Strategien. Die Kräfte und Ziele beiderseits des Atlantiks decken sich bekanntlich nur zum Teil.

Aus guten Gründen steht für uns in der EU der Zusammenhang zwischen Erweiterung und Vertiefung im Vordergrund. Manche Stimmen, auch die von Ralf Dahrendorf, sehen in der Erweiterung selbst die Vertiefung. Sie gehen von der starken Tendenz des Binnenmarkts aus, über seine Grenzen auszugreifen, offen zu bleiben oder zu werden, schließlich für einen heranwachsenden Weltbinnenmarkt, also überall hin unsere Freiheiten zu exportieren.

Diese kühne These herrscht in der EU aus guten Gründen zweifellos nicht vor. Die Handlungseinheit und vereinigte Handlungskraft der EU bedarf dringend der Stärkung. Die bisherige Integrationsgeschichte zeigt, dass die Mitglieder im Allgemeinen sich nicht bereit und in der Lage sahen, Vertiefungsentscheidungen vor neuen Erweiterungen zu vereinbaren. Vielmehr sind es regelmäßig die Erweiterungen selbst, die die unabwendbare Notwendigkeit zu neuen entscheidenden Fortschritten für die Vertiefung begründen. Das jüngste und wichtigste Beispiel dafür bietet die Gleichzeitigkeit der großen Ostererweiterung des Jahres 2004 und die Vorlage des Entwurfs zur europäischen Verfassung. Das weitere Schicksal dieses Entwurfs liegt nach seinem Fehlstart in Frankreich und den Niederlanden im Dunkeln. Es ist, wie wir alle wissen, ein äußerst langwieriges, ziemlich schwer lesbares Dokument, einerseits eine Zusammenfassung aller möglichen bisher geschlossenen europäischen Verträge, zum anderen interessante, sinnvolle Einzelvorschläge, zum Beispiel für eine Stärkung des

Europäischen Parlaments und seine Zusammenarbeit mit den nationalen Legislativen für eine jeweils mehrjährige Präsidentschaft im Europäischen Rat und für einen europäischen Außenminister.

Für das mir heute gestellte Thema des europäischen Weges zu einer politischen Union gilt nach meinem Urteil zweierlei: Der Verfassungsentwurf kommt einerseits zu früh und geht andererseits nicht weit genug. Dies gilt vor allem für das gängige Verständnis einer politischen Union, also für eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Nach wie vor, auch nach dem Verfassungsentwurf, gilt dafür im Europäischen Rat nicht das Mehrheitsprinzip. Vielmehr ist hier Einstimmigkeit verlangt. Jedes Mitglied hat also ein Vetorecht. Außenpolitisch zusammen handeln gelingt also nur dort, wo die Mitgliedsländer der EU in ihren außenpolitischen Interessen übereinstimmen. Wo diese Übereinstimmung aber noch fehlt, lässt sie sich gegenwärtig nicht durch eine Verfassungsvorschrift rechtlich erzwingen. Die Briten zum Beispiel werden sich zu einem gemeinsamen außenpolitischen Schritt der EU nicht durch ein Mehrheitsvotum Brüssels zwingen lassen, wenn es ihrem gegenwärtigen Nationalinteresse nicht entspricht.

Wir lernen nicht durch Verträge, sondern durch eigene Einsicht, vor allem durch gute oder schlechte Erfahrungen. Dafür zwei Beispiele:

Die klassische, schon erwähnte schlechte Erfahrung war das europäische Verhalten vor Ausbruch des Irakkrieges. Niemand lud die EU-Mitglieder zu einer gemeinsamen Beratung nach Brüssel ein. Stattdessen profilierten sich zwei entgegen gesetzte Positionen, jeweils unter Führung von London und Paris. Frankreich sah seine Stunde im Sicherheitsrat gekommen. Von Deutschland unterstützt, sorgte es für massiven Widerstand gegen Amerika in der UNO. Die Briten dagegen ließen eine Deklaration bei einigen EU-Mitgliedern zugunsten von Präsident Bush zirkulieren, ohne die Andersdenkenden EU-Partner überhaupt zu informieren. Die wichtigsten Mitstreiter auf der Londoner Seite waren der Spanier Aznár, überdies im Gegensatz zur Mehrheitsmeinung seines Landes, weshalb er auch kurz darauf abgewählt wurde, dann der noch immer unvermeidliche Berlusconi, wiederum ohne erkennbaren Rückhalt in seinem Lande, und schließlich Polen. Doch gerade bei ihnen ist dies historisch vollkommen verständlich. Denn auf dem schweren Gang ihrer Geschichte durch die Teilung ihres Landes, danach durch ihre dem US-Präsidenten Wilson 1918 zu verdankende Wiedereinsetzung in den Stand der vollen Souveränität und schließlich durch ihr stetiges Vertrauen zu den USA nach 1945. Auch bei der Überwindung der Abhängigkeit von Moskau waren und sind die Polen den Amerikanern stets eng verbunden.

Dieser ganze Streit gilt vielen als der Beweis dafür, dass die EU zu einer gemeinsamen Außenpolitik unfähig ist. Dass sie es damals war, kann niemand leugnen.

In Wahrheit hat aber gerade diese böse Erfahrung erstmals ernsthaft zu neuen Einsichten geführt, die die EU-Mitglieder außenpolitisch einander näher bringen.

Wir haben mittlerweile wichtige Übereinstimmungen untereinander, z.B. in Bezug auf eine Weiterentwicklung des Völkerrechts und eine Unterstützung der Pläne von Kofi Annan zur UNO-Reform. Es geht darum, dass wirklich alle Weltteile durch Mitglieder im Sicherheitsrat vertreten sind. Eine sogenannte Peace Building Commission soll an die Arbeit gehen, die durch Erfahrungen aus früheren Einsätzen Friedenskonsolidierung fördern soll. Gemeinsam treten wir für den International Criminal Court ein. In der scharfen Kritik an den Menschenrechtsverletzungen in Guantánamo und Abu Ghraib sind wir einig.

Nachträglich und bei Lichte besehen erscheint die britische Irakaktion weniger als Erklärung pro Bush als pro westliche Werte. Und das führt uns in der EU erneut eng zusammen.

Nirgends in Europa gibt es eine ernsthafte Tendenz, sich transatlantisch prinzipiell gegen die USA zu positionieren. Wir alle wissen, dass jeder Versuch, Europa als Gegengewicht oder gar Gegensatz zu Amerika zu definieren, die EU nicht einigen, sondern nur spalten könnte. Wir sind und bleiben zu beiden Seiten des Atlantiks auf Partner angewiesen und finden dank unserer gemeinsamen Wurzeln und Werte nirgendwo sonst einen besseren. Das schließt auch offene Kritik nicht aus, so etwas gehört zu einer aufrichtigen Partnerschaft.

Das nächste Beispiel von zentraler Bedeutung ist der Iran. Wir sind uns beiderseits des Atlantiks in der Überzeugung vollkommen einig, dass dort keine neue atomare Macht entstehen darf. Dazu gehören aber nicht nur Machtsprüche im Sicherheitsrat oder weitergehende westliche Drohungen. Vielmehr gilt es, die Lage zu verstehen, in der sich der Iran befindet, auch unabhängig von Provokationen seines neu gewählten Präsidenten.

Der Iran ist ein großes Land mit einer alten Kultur. Er ist ringsherum isoliert. Weder gehört er zu arabischen Welt noch zum asiatischen Subkontinent. Auch mit den nördlichen Nachbarn aus dem ehemals großrussischen Reich ist er nicht verwandt. Zugleich ist er rings von Kernwaffenmächten umstellt, in Israel, Russland, Pakistan und Amerika im Irak. Er hat also auch ein eigenes, echtes Sicherheitsproblem. Seine Bevölkerung besteht zu sechzig Prozent aus jungen Menschen unter dreißig Jahren, die dringend nach einer Lebensperspektive suchen. Sein Energiepotenzial ist groß, aber sein Bedarf nach technischen und wirtschaftlichen Importen ist gewaltig.

In dieser Lage haben die drei außenpolitisch führenden Mitglieder der EU, London, Paris und Berlin, gemeinsam prägende Verhandlungsaktionen in Teheran

aufgenommen, die ihnen dort eher gelingen können als den Amerikanern. Es ist ein klares Beispiel für eine loyale transatlantische Arbeitsteilung unter unabhängigen Partnern. Die Entwicklung ist in vollem dramatischem Gang. Aufgrund ihrer gemeinsamen Interessen ist die Kooperation unter den drei europäischen Außenministerien so eng, wie sie durch bloße vertragliche Pflichten kaum erreichbar gewesen wäre.

Im Zusammenhang mit dem Iran und weit darüber hinaus gedeiht Schritt für Schritt eine gemeinsame europäische Politik gegenüber Russland. Für Putin ist es schwer, das Riesenreich zu regieren. Demokratie, Meinungsfreiheit und Rechtsstaat leiden. Der Kaukasus ist weit über das heillose Tschetschenien Problem hinaus ein ständiger Unruheherd.

Russland strebt in die Mitgliedschaft der WTO hinein. Dafür ist vor allem die EU als wichtigster Handelspartner von Bedeutung. Mit Indien und China strebt Moskau nach sicherheits- und energiepolitischen Verabredungen. Bei allem sucht Moskau seine große unabhängige Rolle in der Weltpolitik, ohne beständigen Partner. Dem unveränderten russischen Patriotismus entspricht das Ziel einer starken Macht, die ihre Interessen allein vertritt und als Gegengewicht zu einer unipolaren Weltordnung wirken kann.

Für die Außenpolitik der EU stellen sich hier Aufgaben von zentralem Gewicht. Einerseits gilt es, gegenüber Russland auf die allgemeinen Menschenrechte hinzuwirken und die bösen Erfahrungen unserer neuen östlichen Mitgliedsländer mit dem großen Nachbarn sehr ernst zu nehmen. Andererseits ist zu viel allgemeinwestliche Selbstgerechtigkeit gegen Russland fehl am Platz. Die Einbeziehung Russlands in die Weltpolitik und den Welthandel liegt in unserem Interesse. Russland ist kein Feind.

Vor allem ist Russland auch ein zentrales Thema auf unserer Suche, ob die EU unterwegs zur politischen Union sei. Unser wichtigstes Thema mit Moskau ist wirtschaftspolitischer Art. Russland ist Energieweltmacht. Wir Europäer bewegen uns auf eine gemeinsame Energiepolitik zu, langsam, aber stetig, und unausweichlich. Denn die EU als weltgrößter Wirtschaftsraum ist von fremdem Öl und Gas abhängig. Die Energieversorgung ist ein Problem aller Mitglieder. Es wird besser lösbar durch eine gebündelte europäische Interessenvertretung. Dies wird also zu einem zentralen Bestandteil einer politischen Union heranwachsen.

Vom größten Nachbarn der EU war nun die Rede. Die Aufgaben einer europäischen Nachbarschaftspolitik sind damit bei weitem nicht erschöpft. Die EU hat das lebhafteste Interesse an politisch und wirtschaftlich wenigstens halbwegs stabilen Verhältnissen in den angrenzenden Regionen. Zugleich können ihre Initiativen dafür zweifellos nicht in einer ständig fortgesetzten Erweiterungsopo-

litik liegen. Es geht um engere Beziehungen und Zusammenarbeit, ohne sich dabei alsbald auf eine Diskussion über eine Mitgliedschaft einzulassen.

Im Vordergrund der Nachbarschaftspolitik stehen der Mittelmeerraum, der Nahe und Mittlere Osten. Unsere ganze Nachbarschaft im Süden und Südosten ist muslimisch. Einerseits besteht eine ungebrochene Attraktivität Europas für die Nachbarn von Nordafrika bis zum Schwarzen Meer. Das zählt zu den Stärken der EU. Andererseits herrscht in weiten Teilen dieser Regionen eine wachsende Spannung. Dazu gehören Iran, Irak, Syrien, Ägypten, die arabische Halbinsel, der Dschihad-Terrorismus, vor allem aber die im Gang befindliche und doch auf prekäre Weise noch ungelöste Spannung zwischen Israel und Palästina. Wir sind als EU verpflichtet und entscheidend interessiert, an den Arbeiten der sogenannten Roadmap gemeinsam mit den Amerikanern, den Russen und dem UNO-Generalsekretär auf diese Entwicklung einzuwirken.

Das aktuelle Hauptthema unserer öffentlichen Diskussion in den Mitgliedsländern betrifft die Türkei. Niemand leugnet, dass es von zentraler Bedeutung ist. Verhandlungen werden jetzt aufgenommen. Dafür ist wichtig, dass dies ergebnisoffen geschieht. Weder darf man die Türken zu Verhandlungen einladen, bei denen wir Europäer von vorneherein eine spätere Mitgliedschaft ausschließen. Noch darf umgekehrt das Gespräch nur auf eine Mitgliedschaft beschränkt werden. Man darf sich nicht gegenseitig in einer Form einladen, die die andere Seite wie eine Ausladung verstehen muss. Doch sollte niemand leugnen, dass eine Klärung des langfristigen Verhältnisses zwischen diesem großen Land und Europa in vitalem beiderseitigen Interesse liegt.

Mir geht es bei alledem nur darum, auf das ständig wachsende Ausmaß unserer gemeinsamen Interessen in diesem Bereich der Nachbarschaftspolitik hinzuweisen, vom notwendigen Konzept einer europäischen Einwanderungspolitik bis zu unserem Ziel, bei unseren islamischen Nachbarn zu einer aktiven Modernisierung beizutragen, eh wir uns gleich und direkt auf einen Demokratieexport konzentrieren, der sich nur schwer in die dortigen Kulturen einfügen lässt.

Es bleiben wichtige Themen, die ich aus Zeitgründen nur noch nennen, aber nicht vertiefen kann. Dazu gehört die Zukunft des westlichen Balkans, für die sich im wachsenden Maß die führenden EU-Mitglieder einverständlich engagieren und die unter der soeben begonnenen Präsidentschaft Österreichs, dieses besonders balkanverbundenen und -interessierten Mitgliedslandes, spürbar politisch an Gewicht gewinnen wird.

Die Währungsunion wird über ihre ökonomische Bedeutung hinaus immer mehr gemeinsame politische Herausforderungen mit sich bringen.

Im Bereich der Sicherheit koordiniert schon heute der EU-Militärausschuss die militärischen Aktivitäten der EU, gegenwärtig durch Operationen in Mazedonien und im Kongo, sowie durch Ablösung der NATO in Bosnien-Herzegowina, wo 6.000 Soldaten und Polizisten der EU gegenwärtig Dienst tun.

Das alles ist, um es zu wiederholen, ein Gemisch des ganzen politischen Bereichs, nach innen, unter den Mitgliedern, über den Atlantik hinweg, mit den angrenzenden Nachbarn. Es marschiert, wenn auch mühsam, oft stolpernd, und doch ständig wachsend voran zu einer politischen Union. Ihr Ziel erreicht sie in einer gemeinsamen Außenpolitik. Auf diesem Weg ist sie. Daran gibt es für mich keinen Zweifel.

Was die europäische Integration bisher geleistet hat, ist ohne Vorbild in der Geschichte unseres Kontinents und unserer Welt. Bis zu ihrem heute erreichten Niveau hat sie schon mehr als ein halbes Jahrhundert benötigt. Es wird auch in die Zukunft hinein außergewöhnlich viel Zeit und Kraft und Geduld und Entschlossenheit erfordern. Aber die EU steht auf einem gefestigten Fundament. Sie ist eine Union von Nationalstaaten, die sich eine historisch-politische Technologie mit entscheidenden Chancen als politisches Rezept geschaffen hat. Rings um den Globus gilt sie als ein öffentliches Gut für die ganze Welt, das überall gebraucht wird, um regionale globale Interessen zu identifizieren und dann vertreten zu können.

Wir in Europa streiten uns weiterhin lebhaft untereinander. So war auch das Jahr 2005 kein gutes Jahr. Aber niemand kann und will davonlaufen. Das Familiengefühl wächst und mit ihm die politische Union.

UNIVERSITÄT
DUISBURG
ESSEN